

Wohnungsgeberbestätigung nach § 19 des Bundesmeldegesetzes (BMG)

Ab dem 01.11.2015 muss die Wohnungsgeberin oder der Wohnungsgeber jeder meldepflichtigen Person eine Wohnungsgeberbestätigung aushändigen, damit diese innerhalb von zwei Wochen nach dem **Einzug** ihrer gesetzlichen Meldepflicht nachkommen können. Bei der Anmeldung des neuen Wohnsitzes ist diese Wohnungsgeberbestätigung bei der Meldebehörde vorzulegen (der Mietvertrag reicht nicht aus). Sollte die meldepflichtige Person in eine eigene Immobilie ziehen, so ist bei der Anmeldung eine Selbsterklärung abzugeben.

① Wohnung

Der Einzug in folgende Wohnung wird bestätigt:

<i>Straße, Hausnummer</i>
<i>Stockwerk, Wohnungsnummer bzw. Lagebeschreibung der Wohnung im Haus</i>
<i>PLZ, Ort</i>

②

Datum des Einzugs:	
---------------------------	--

③ Meldepflichtige Personen

Diese Bestätigung gilt für folgende Personen;

<i>Name, Vorname (1. Person)</i>	<i>Name, Vorname (4. Person)</i>
<i>Name, Vorname (2. Person)</i>	<i>Name, Vorname (5. Person)</i>
<i>Name, Vorname (3. Person)</i>	<i>Name, Vorname (6. Person)</i>

(weitere Personen bitte auf der Rückseite eintragen)

④ Wohnungsgeberin/Wohnungsgeber

<i>Name, Vorname, Bezeichnung bei juristischen Personen</i>
<i>Anschrift</i>

Der Wohnungsgeber/Die Wohnungsgeberin ist gleichzeitig **Eigentümer/-in** der Wohnung

Der Wohnungsgeber/Die Wohnungsgeberin ist gleichzeitig **nicht** Eigentümer/-in der Wohnung
Name **des Eigentümers/der Eigentümerin**

<i>Name, Vorname, Bezeichnung bei juristischen Personen</i>

Selbsterklärung bei Wohneigentum

Ich erkläre hiermit, dass ich die Eigentümerin oder der Eigentümer der oben genannten Immobilie bin, die von mir und den oben aufgeführten Personen zu eigenen Wohnzwecken genutzt wird.

Es ist verboten, eine Wohnungsanschrift für eine Anmeldung anzubieten oder zur Verfügung zu stellen, wenn ein tatsächlicher Bezug der Wohnung weder stattfindet noch beabsichtigt ist. Ein Verstoß gegen dieses Verbot stellt eine Ordnungswidrigkeit dar und kann mit einer Geldbuße bis zu 50.000 € geahndet werden. Das Unterlassen einer Bestätigung des Ein- oder Auszugs sowie die falsche oder nicht rechtzeitige Bestätigung des Ein- oder Auszugs können als Ordnungswidrigkeiten mit Geldbußen bis zu 1.000 € geahndet werden.

Ort, Datum

Unterschrift des Wohnungsgebers, der vom
Wohnungsgeber beauftragten Person oder bei
Eigennutzung des Wohnungseigentümers